



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 21. bis 27. Februar 1915 ist die Beitragsmarke in das mit 8 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands- vorstandes.

Das Mitgliedsbuch Nr. 35265 (Orts-Nr. 35) des Kollegen Kupprecht aus Würzburg ist verloren gegangen. Ebenfalls verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch Nr. 18538 des Kollegen Albert Jüst aus Bielefeld.

Beide Bücher werden für ungültig erklärt.

Das Verbandsstagsprotokoll ist fertig und wird mit Nr. 9 der „Solidarität“ an alle die Zahlstellen gesandt, die Bestellungen gemacht haben.

Der Verbandsvorstand.

F. A.: Paula Ebiede, Vorsitzende.

Die Leistungen unseres Ver- bandes vom 3. August 1914 bis 30. Januar 1915.

Nachdem wir sechs schwere Kriegsmonate hinter uns haben, wollen wir unseren Mitgliedern über die Leistungen des Verbandes einen Überblick geben, der zeigen soll, ob die Grundlage des Verbandes gesund und unerschütterlich ist. Auch diesmal müssen Zahlen reden, denn ihre Beweiskraft ist stark und zwingend.

Das zweite Quartal 1914 schloß ab mit einer Mitgliederzahl von 15586, darunter 8342 Kolleginnen. Die Arbeitslosenunterstützung war gegen das erste Quartal gesunken und betrug 13984 M. (1. Quartal 1914: 20117 M.). Der Verbandstag in Leipzig hatte an vielen Einrichtungen eine bessere Hand angelegt, und mit der frohen Zuversicht auf einen weiteren Aufstieg der Mitgliederzahl und einer günstigen Klassenentwicklung sollte die Agitationsarbeit erneut einsetzen.

Unerwartet kam für uns alle der Krieg und warf unendlich viel Hoffnungen und Zuversicht glatt über den Haufen. Schier unerschwinglich dünkten uns die Ausgaben für Arbeitslose, denn von Woche zu Woche nahm die Zahl beständig zu und Aussicht auf Besserung war nicht zu erwarten.

Maßnahmen mußten schnell getroffen werden, denn in dieser höchsten Not, die an tausende unserer Mitglieder so ganz unerwartet herantrat, durften wir sie nicht verlassen. Hier mußte die Organisation ihre feste gesunde Grundlage zeigen, mußte stützend und helfend beibringen und durfte doch nicht das Herz lauter reden lassen als dem Verstand. Die Hälfte der statutarischen Arbeitslosenunterstützung, vorerst auf die Dauer von zehn Wochen, wurde garantiert; die Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung wurde aufgehoben. Verständlich und mit gewohnter Einmütigkeit fügte sich alles in diese ganz neue schwierige Zeit.

Aber nach Ablauf der ersten zehn Wochen hatte sich Festigkeit und Zuversicht gezeigt. Die

in Arbeit stehenden Mitglieder waren bereit, einen Extrabeitrag zu zahlen und wir konnten um fünf Wochen die halben Sätze verlängern, dann wieder um fünf Wochen und dann, als alle Berechtigten ihre volle Unterstützung bekommen hatten, war es durch die opferfreudige Hilfe aus Extrabeiträgen möglich, für fünf Wochen allen Ausgesteuerten eine Extraausstützung zu gewähren.

Vom 3. August 1914 bis 30. Januar 1915 hat die Verbandskasse

125 839 M. für Arbeitslose ausbezahlt.

Das bedeutet mehr als das Dreifache, was sonst in normalen Verhältnissen ausgegeben wird.

In normalen Verhältnissen sind aber auch leistungsfähige Beitragszahler vorhanden, und die ganze Größe der Leistungen ist erst dann richtig zu ermessen, wenn wir bedenken, daß die Mitgliederzahl von 15586 am Anfang des dritten Quartals bis zum 30. Januar auf 9939 Mitglieder gesunken ist. Wir haben also einen Mitgliederverlust in sechs Monaten von 5647 Kollegen und Kolleginnen zu beklagen. Doppelt ist es daher anzurechnen, wenn diese bedeutend kleinere Mitgliederzahl doch in der Lage war, diese Opfer zum großen Teil zu bringen, allerdings mußte besonders in den ersten Monaten der Vermögensbestand stark angegriffen werden.

Wir wollen unseren Mitgliedern aber auch die Ursachen des Mitgliederrückganges zeigen, denn Kleinmütige könnten sonst glauben, es sei eine Mitgliederflucht zu verzeichnen. Das aber ist nicht der Fall.

Unsere 9939 Mitglieder setzen sich zusammen aus 5412 weiblichen (2. Quartal 8342 weibliche) — 2930 Kolleginnen; dann aus 4527 männlichen (2. Quartal 7244 männliche) — 2717 Kollegen.

Forschen wir nun einmal nach der Ursache des Rückganges, so finden wir, daß das Buchdruckgewerbe zu denen gehört, die mit am schwersten unter dem Kriegszustand zu leiden haben. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dann hat diese Zeit uns allen gelehrt, daß es der übergroßen Anzahl aller Auftragsgeber für Druckarbeiten durchaus möglich war, mit verkleinerten Aufträgen oder auch ganz ohne Druckaufträge auszukommen! Daran wurde zuerst gespart. Auch wir selbst und viele andere Gewerkschaften mit uns waren genötigt, sehr zum Schaden unseres Arbeitsmarktes mit Druckaufträgen zu sparen. Hier konnte und wurde sich eingegriffen und eine überlange Arbeitslosigkeit ist dadurch in unserem Gewerbe zu verzeichnen.

Das Steindruckgewerbe aber lag ganz darnieder. Es hat keinen Zweig, der, wie im Buchdruckgewerbe die Zeitungsdruckereien, kraftvoll sich durchringen könnte; viel mehr noch als im Buchdruckgewerbe haben unsere Mitglieder aus den Steindruckereien lange, schwere Arbeitslosenwochen zu tragen und spätere detaillierte Berichte werden das beweisen. Die Mehrzahl unserer Mitglieder im Steindruckgewerbe besteht aber aus Kolleginnen.

Viele verheiratete Kolleginnen, deren Männer noch Arbeit hatten und nicht gleich in den ersten Tagen ins Feld mußten, meldeten sich vorläufig ab, um den Arbeitsnachweis zu entlasten. Eine große Anzahl unserer Kolleginnen mußte in anderen Berufen Unterkunft suchen und gar manche ging zu ihrem Schaden der Organisation verloren, weil die leitende Hand am Orte fehlte. Gar viele Kollegen mußten ganz plötzlich hinaus und unsere besonders in den kleinen Orten lebenden Mitglieder sind so verwöhnt, daß sie fast niemals den Weg zum Klaffierer antreten! Sie sind es gewöhnt, daß ihnen die Beiträge aus der Wohnung abgeholt werden, sonst zahlen sie eben nicht. Diese Erfahrung wird sehr viel dazu beitragen, in verschiedenen Orten das Klassenabendsystem nach dem Kriege wieder einzuführen.

Von unseren 2717 Kollegen, die wir weniger haben als im zweiten Quartal, ist zu sauen, daß sie sich aus 1905 zum Militär Einberufenen zusammensetzen, davon sind 1011 verheiratet. Die dann noch fehlenden 812 Kollegen haben zum Teil in anderen Berufen Arbeit annehmen müssen und es gehören Kollegen und Kolleginnen auch in größerer Zahl zu solchen Zahlstellen, deren Rechte und Pflichten bis nach dem Kriege ruhen. Meist sind es Orte, die an der östlichen und westlichen Grenze liegen und die durch die Kriegsunruhen ihre Arbeit nicht fortsetzen konnten.

Wenn wir nach diesen Ausführungen die Zahl der jetzt fehlenden Mitglieder betrachten, dann können wir mit ruhigem Herzen sagen: Die Grundlagen des Verbandes sind fest. Der Aufbau ist gesund und lebensvoll. Alles, was auch noch kommt mag, wird der jetzt vorhandenen sicheren Schar den Glauben an die Notwendigkeit der Organisation nicht nehmen können, in dieser Zeit der Not ist die Gewerkschaft mit allen Mitteln für ihre Mitglieder eingetreten und die arbeitende Kollegenschaft hat Wunder an Opferwilligkeit und Opferfähigkeit vollbracht.

Wir wollen aber auch eine Hilfsaktion hier nicht verschweigen, die unsere Zahlstellen (wenigstens einzelne) einleiteten, um den Familien unserer im Felde stehenden Kollegen eine Weihnachtsfreude zu bereiten und in besonders gearteten Fällen auch zu helfen.

Aus Ortsmitteln sind 7987 M. für diesen Zweck gesammelt und ausgegeben worden.

Dabei arbeiten 2302 Mitglieder auch jetzt noch mit verkürztem Lohn.

Wir brauchen also nicht zaghaft und Kleinmütig in die Zukunft zu sehen und auch unsere jetzt noch vorhandenen 714 unterstützungsberechtigten Mitglieder können ruhig sein, auch ihre Unterstützung ist sicher gestellt. Das können wir dem Vertrauen aller Mitglieder und dem kollegialen Geist in unseren Reihen verdanken.

Wir haben durch die schönen Erfolge mit den Extrabeiträgen mit der 20. Woche die Pflichtbeiträge einstellen können und an ihre Stelle treten nun

die freiwilligen Kriegsbeiträge

von 10 und 20 Pf. Wir sind überzeugt, daß auch hier die Kollegenchaft voll ihre Schuldigkeit tut, und langsam beginnt auch ein Wiederaufstieg; 102 Neuaufnahmen sind in letzter Zeit gemeldet worden. —

Zeigt sich unsere Kollegenchaft auch weiter opferfreudig und treten andere Rückschläge nicht ein, dann wird der Verbandsvorstand die Krankenunterstützungen wieder eintreten lassen, sobald dafür die sichere Grundlage gegeben ist.

Wir wollen daher getrost und tapfer weiter arbeiten, haben wir doch auch die heilige Pflicht, für unsere im Felde für uns kämpfenden Kollegen die gemeinsam erbaute Organisation zu erhalten. Darum, Kollegen und Kolleginnen, zeigt euch alle auch in Zukunft als tapfere Kämpfer einer großen Zeit.

Eine Versammlung der Berliner Gewerkschaftsvorstände.

Eine Versammlung der Berliner Gewerkschaftsvorstände fand auf Einladung der Berliner Gewerkschaftskommission am 27. Januar 1915 im Gewerkschaftshaus statt. Das Referat über das Thema: „Warum müssen die Gewerkschaftsfunktionäre sich mehr am inneren Parteileben beteiligen?“ hatte der Vorsitzende der General-Kommission, Reichstagsabgeordneter E. Legien, übernommen. Er führte u. a. aus:

Den Satz, daß „Partei und Gewerkschaften eins sind“, habe ich nie in dieser Form für richtig gehalten. Wohl aber sind wir uns einig darin, daß die sozialdemokratische Partei die politische Interessenvertretung der Gewerkschaften sein muß. Dazu ist es notwendig, daß die Einheit der Partei aufrechterhalten bleibt. Diese Gewähr müssen wir als Gewerkschafter haben, wenn wir genügendes Vertrauen zur Kraft der Partei, unsere Gewerkschaftsinteressen politisch zu vertreten, behalten sollen. Deshalb die heutige Tagesordnung. Tatsächlich ist die Einheit der Partei durch das Austrreten einer kleinen Minderheit in Gefahr geraten.

Die Ursache dieser Strömung ist die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Fraktion. Die Partei muß über diese Schwierigkeiten hinwegkommen, nur die Art, wie die Minderheit vorgeht, bringt die Partei in Gefahr.

Man behauptet, die Internationale sei durch die Kreditbewilligung vernichtet worden. Ich kann nicht in den Verdacht kommen, die Internationale ruinieren zu wollen, denn ich habe 1½ Jahrzehnte lang einen bedeutenden Teil meiner Kräfte gerade für den Aufbau der Internationale verwendet.

Die Internationale kann aber nur durch starke nationale Organisationen bestehen. Für die internationale wirtschaftliche Aktion ist die Stärke und Aktionskraft der Gewerkschaften, für die politische Aktion die Stärke der politischen Parteien maßgebend. Die Verschiedenheit der Sprache, Charaktereigenschaften, Lebensgewohnheiten usw. bilden ein Hindernis einer wirksamen internationalen Aktion. Jetzt hat sich die eminente Bedeutung dieser Eigenschaften gezeigt, denn trotz der großen Arbeit, die für die Internationale aufgegeben wurde, hat sie in allen beteiligten Ländern versagt.

Ein besonderer Vorwurf kann keiner Nation gemacht werden, am wenigsten der bestorganisierten Nation. Man sagt, wir hätten Gewaltmittel, wie Massenfreit, anwenden sollen. Dadurch wäre ja aber nur die bestorganisierte Nation bestraft worden, weil ihre Aktion ihr Land den Feinden preisgegeben hätte. Derartige Aktionen sind überhaupt unmöglich. Kriege können nicht verhindert werden, wenn die Armeen schon marschieren, sondern durch den Einfluß, den man in allen Ländern zuvor errungen hat. Hätte nicht dieser Einfluß in demokratischen Ländern wie England und Frankreich ein größerer sein können und eigentlich sein müssen als in Deutschland? Diese Frage darf man mit gutem Recht aufwerfen.

Ein Teil der Genossen behauptet, wir hätten durch eine Aktion vielleicht nicht den Krieg verhindern, aber wohl schon beenden können. Dazu fehlten uns bisher die Mittel.

Das Zentralorgan der Partei hat vollständig versagt in seiner Aufgabe, die Genossen über die Lage zu informieren. Nicht einmal eine Billigung der Haltung der Fraktion haben wir darin gefunden. Weiter finden wir im Zentralorgan nur eine völlig unzureichende Information über die Haltung der sozialistischen Parteien anderer Länder. Daher ist es bei den Arbeitern nicht genügend bekannt, daß die Vertretungen der Arbeiter in England und Frankreich den Kriegskrediten bedingungslos zugestimmt haben. Ueber die Haltung der belgischen Partei will ich nichts sagen. Die Neutralitätsverletzung Belgiens war erfolgt, ob mit Recht oder zu Unrecht, wird sich später zeigen. Die Neutralität der belgischen Regierung war aber jedenfalls auch nicht unabweisbar. Man muß vieles in der Haltung der belgischen Partei zu verstehen und entschuldigen suchen.

Aber wie liegen die Dinge in Frankreich? Die dortige Fraktion hat zweimal die Kredite ohne jegliche Erklärung bewilligt, obgleich der Ministerpräsident Viviani am 22. Dezember erklärte, „in der jetzigen Situation ist nur eine Politik möglich.“

Kampf ohne Gnade bis zur endgültigen, durch einen völlig siegreichen Frieden gesicherten Befreiung Europas.“

Und in einem am 25. Dezember 1914 in der „Humanität“ veröffentlichten Aufruf „An die Sozialisten, an die Arbeiter!“, der von der sozialdemokratischen Fraktion und von dem geschäftsführenden Ausschuß der Partei unterzeichnet ist, heißt es:

„Getreu der Disziplin der Einheit, welche die Nation sich dem Feinde gegenüber auferlegt hat, hat die sozialistische Fraktion im Parlamente auch nicht mit einem Worte die von allen Franzosen beschlossene Einheit trüben wollen. Sie hat sich jeder Erklärung enthalten. Sie hat sich bei dem allgemeinen Zusammenschluß mit der Lösung vermischelt, welche die verantwortliche Regierung formuliert hat.“

Andere Kundgebungen geachteter internationaler Parteiführer will ich nur kurz streifen, so zum Beispiel, wenn Guesde Italien, das in einem Bündnis zu Deutschland steht, zur Teilnahme am Kriege auffordert, oder wenn Vaillant nach der Hilfe Japans ruft. Bezüglich Englands glaubt man bei uns, daß dort eine starke Strömung gegen den Krieg ist. Unsere Presse aber hat nur eingehend über eine kleine Gruppe, die F. L. P. berichtet. Entscheidend ist aber die Haltung der großen Arbeiterpartei und des parlamentarischen Komitees, die gemeinsam mit den Parlamentsabgeordneten am 15. Oktober eine Erklärung veröffentlichten, die u. a. folgendes enthielt:

„Deshalb hat die Arbeiterpartei, als die Vertreterin der demokratischen Elemente in der britischen Nation, im Parlamente den Maßnahmen ihre Unterstützung gegeben, die notwendig sind, um unserem Lande die wirksame Durchführung des Kampfes zu ermöglichen. Sie hat sich den Bestrebungen auf Schaffung einer für die nationalen Bedürfnisse genügend großen Armee angeschlossen, indem sie an der von den verschiedenen parlamentarischen Parteien organisierten Rekrutierungskampagne aktiv Anteil nimmt. Mitglieder der Partei haben zu diesem Zwecke in zahlreichen Versammlungen im ganzen Lande gesprochen und die ganze Organisation der Partei ist in den Dienst der Rekrutierungskampagne gestellt worden.“

Ein Manifest der Doder-Gewerkschaft, unterzeichnet von Ben Tillet, verlangt:

„Jeder taugliche Mann muß entweder kämpfen oder bereit sein, sein Land zu verteidigen. Unsere Männer müssen täglich gebrillt werden, auch wenn das Kriegsministerium uns nicht helfen kann. Viele unserer Leute sind früher Soldat gewesen, und diese könnten bei der Ausbildung helfen. Die Ortsbehörden und Unternehmer könnten helfen.“

Der langjährige Vorsitzende der britischen sozialdemokratischen Partei, Hyndman, verlangt in einem Brief an das italienische Blatt „Secolo“ das Eingreifen Italiens, um u. a. „Italien das Recht zu sichern, solche Abtretungen von Gebieten zu fordern, die es mit vollem Rechte wünscht. Wenn Italien noch zögern würde, eine derartige Entscheidung zu fällen, so scheint mir, daß es so-

wohl moralisch und politisch einen Fehler begehen würde.“

(Schluß folgt.)

Opferfreudigkeit im Felde.

Eine herzerfreuende Handlung wird durch den Bäckerverband bekanntgegeben.

Aus Koblenz, einem der vorgehobenen Punkte der deutschen Kampflinie in Frankreich, schreiben einige Mitglieder an ihren Ortsvorstand in Hamburg:

Am heutigen Tage sind 27,50 Mk. für die Hinterbliebenen der gefallenen Kollegen abgegangen. Sollten in der Zahlstelle Hamburg keine Hilfsbedürftigen sein, dann bitte ich, es an die Hauptverwaltung weiterzugeben. Es haben sich aus gewissen Gründen nur die ledigen Kollegen daran beteiligt, denn die verheirateten haben ja mit ihrer Familie vollkommen zu tun. Von uns haben sich folgende Kollegen daran beteiligt: (Folgen sieben Unterschriften.)

Jeder dieser im Felde stehenden Bäder hat fast 4 Mk. von seinen geringen Bezügen zusammengepart, um damit hilfsbedürftigen Kollegen oder deren Angehörigen zu helfen.

Welch wunderbares Beispiel der Solidarität und Opferfreudigkeit! Wie tief beschämend aber für die, die ohne Verdienstverlust, oft sogar noch mit höherem Verdienst als vor dem Kriege, für ihre arbeitslose und sonst notleidende Kollegenchaft keinen Pfennig übrig haben. Gar mancher Kollege, der seine Familie nicht verlassen braucht, der durch gute Arbeit Nummer und Sorge fernhalten kann, hat kein Herz und kein Empfinden für die hohen Opfer, die unsere Kollegen im Felde draußen bringen, und für die Not, die unsere arbeitslose Kollegenchaft durchmachen muß. Darum sollen diejenigen, die sich sträuben, durch ihr Extrahäuflein beizusteuern die Not zu lindern, aus diesem Akt höchster Opferwilligkeit lernen. In dieser großen und schweren Zeit dürfen wir die Herzen vor fremdem Leid nicht verschließen und die Hand, die geben kann, soll es gern und freudig tun, denn jeder Extrabeitrag verwandelt sich in den Händen unserer Arbeitslosen in ein Stück Brot.

Von unseren Kollegen im Waffenrock.

Aus München wird uns folgender Feldpostbrief zur Verfügung gestellt:

Liebe Verwaltung!

Besten Dank für Eure Weihnachtsgabe. Den Abschnitt habe ich heute erhalten, wann ich das Geld bekomme, ist noch ungewiß; es wäre aber auch nicht möglich, hier etwas zu kaufen, denn in den Dünen, wo wir uns befinden, ist jetzt wenig zu kriegen.

Wenn wir von hier fort kommen, werde ich es gut gebrauchen können, wofür ich nochmals herzlich danke.

Ein jeder Kollege von uns, der im Felde steht, wird wissen und anerkennen, daß unser Verband so an alle im Felde Stehenden gedacht hat, darum danke ich allen Kollegen und Kollektoren für ihre Gabe und hoffe, daß bald die Zeit kommt, wo wir alle miteinander für unsere gute Sache arbeiten können. Ich hoffe, daß alle Kollegen und Kollektoren in der Heimat sich der Pflicht bewußt sind, fest zusammenzutreten. Schon den im Felde weilenden Kollegen zur Liebe, damit, wenn wir wieder gesund zurückkehren, wir unsern Verband eben so gut und kräftig finden, wie wir ihn verlassen haben. Ihr in der Heimat seid jetzt die Stützen unseres Verbandes, verläßt Ihr den Verband, dann verläßt Ihr auch uns. — Wenn wir hier die Verwüstungen und Verheerungen sehen, dieses Elend der Bevölkerung, die stundenlang bei strömendem Regen und größter Kälte schweigend vor unseren Quartieren steht und wartet, bis sie ein Stück Brot erhält, dann erkennen wir, in welcher großen Gefahr Deutschland schwebt. Doch wir werden alles daran setzen, damit unsere Heimat und unsere Lieben von den Schrecken des Krieges verschont bleiben. Ihr Kollegen in der Heimat aber habt die Pflicht, das zu erhalten, was wir alle mit einander geschaffen haben. Ich bin der festen Überzeugung, daß die größte Anzahl der Mitglieder sich der ersten Lage bewußt ist und in dieser schweren Zeit treu zum Verband und zur Verwaltung steht. Wer aber glaubt, die Mitarbeit jetzt nicht nötig zu haben, wird von den

wiederkehrenden Kollegen mit schweren Vorwürfen bedacht werden.

Sich will der Verwaltung mein volles Vertrauen aussprechen, denn sie hat ihre Pflicht auf das aufopferndste und beste erfüllt.

Möge das furchtbare Massenmorden bald beendet sein, damit uns bald die gemeinsame Arbeit wieder vereinigt. Guer F. R.

Aus Nürnberg wird uns folgender Feldpostbrief zugesellt:

Vielen Dank für Eure zwei Pakete nebst Brief und Zeitungen; ein Stück Wurst, Tabak und Zigarren sind hochwillkommene Gaben. Ganz besonders erfreute mich der Brief der Kollegin Neckling, da derselbe viel interessante Neuigkeiten aus der Heimat und vom Verband enthält. Seit drei Tagen donnern ununterbrochen schwere Beschießungen, welche die Festung B... beschleichen. Vorigestern war ich von 12-2 Uhr auf Posten und konnte deutlich das Gewehrfeuer unterscheiden.

Die Franzosen scheinen wieder einen Ausbruch im großen Maßstabe zu versuchen, wurden aber stets unter schweren Verlusten zurückgeschlagen.

Endlich ist der langersehnte Frost eingetreten, wir fühlen uns wie im Paradies, da man nicht bei jedem Schritt im Straßenschlamm versinkt und die Stiefel wenigstens einigermaßen trocken bleiben.

Einige Eigentümlichkeiten will ich Euch schildern. Z. B. die Heizung der bei uns üblichen gemüßlichen Kachelöfen kennt man hier nicht, sondern der Zimmerboden ist mit Steinplatten belegt, worauf das Feuer angezündet wird, in halber Höhe des Zimmers ist ein Geküßelvorprinng, der manchmal hübsch verziert ist, unter diesem ist der Kamin und Rauchabzug. Diese Heizung ist teuer und nicht praktisch, denn das Zimmer wird nicht ordentlich warm. Jede Stube hat meist nur ein Fenster, denn jedes weitere Fenster kostet Steuern. Ebenso muß jeder vierwändige Wagen versteuert werden, daher hat die größte Zahl der Wagen nur zwei Räder.

Unsere Pferde hatten unter der narkotischen Witterung sehr zu leiden; oft fallen sie mitten auf dem Marisch um, eine Kugel macht ihrer Qual dann ein Ende.

Seit ich fort bin, habe ich zweimal in einem Bett geschlafen, sonst auf Strohh.

Da wir nur einmal in der Woche für unsere Laterne Petroleum bekommen, muß ich aufhören mit dem Schreiben, denn sonst kommen wir damit nicht aus.

Euch alle grüßt Kollege G. G.

Korrespondenzen.

Dresden. Die ordentliche General-Versammlung am 24. Januar 1915 wurde vom Vorsitzenden mit dem Hinweis eröffnet, daß die Versammlung auf die Zeit von 4½-6 Uhr beschränkt worden ist und in Anbetracht dessen die Verhandlungen nur in möglichster Kürze vor sich gehen müssen. Nach Verlesung des Protokolls gedenkt Kollege Reinhold des vergangenen Jahres. Wenn wir im vorigen Jahre keine Zunahme vielmehr einen Verlust an Mitgliedern zu verzeichnen haben, so teilen wir in dieser Beziehung das Los anderer Zahlstellen und auch anderer Verbände. Die Kollegenchaft, die bis jetzt treu zur Organisation gehalten hat und auch weiter halten wird, kann mit Recht als der Kern der Zahlstelle bezeichnet werden. Und dieser Kern wird bei geeigneter Zeit die Grundlage bilden, auf die wir unsere Organisation in aller Stärke aufbauen werden. Da es in Dresden zur Einführung einer städtischen Arbeitslosen-Versicherung noch nicht gekommen ist, sah sich der Magistrat, um die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu mildern, genötigt, die Arbeitslosen zwecks Unterstützung an den Nationalen Frauendienst zu überweisen. Seitens letzterer Körperschaft wurde die Ortsverwaltung ersucht, einen ehrenamtlichen Beitrag zu den Sitzungen der Kommission zur Nachprüfung der eingegangenen Anträge zu ernennen, was dem Kollegen Kraut übertragen wurde. In seinem Bericht wies Kollege Kraut darauf hin, daß dem Nationalen Frauendienst seitens des Magistrats monatlich 26 000 Mk. zu Unterstützungszwecken zur Verfügung gestellt werden und forderte die Arbeitslosen auf, sich an den Nationalen Frauendienst zu wenden. Es werden Unterstützungen in Höhe von 3-10 Mk. pro Woche gezahlt. Kollege Michalle gibt hierauf den Kassenbericht vom vierten Quartal. Aufgenommen wurden fünf Mitglieder. Arbeitslos waren 49 Mitglieder 1398 Tage, krank waren 10 Mitglieder 246 Tage. Die Einnahme betrug 896,17 Mk., die Ausgabe 797,52 Mk., so daß 98,65

Mark an die Hauptkasse abgeführt werden konnten. Die Beihilfensammlung zugunsten der Familien der eingezogenen Kollegen und Arbeitslosen ergab den Betrag von 58,59 Mk., so daß zusätzlich des Betrages von 25 Mk. aus der Ortskasse eine Summe von 83,45 Mk. zur Verfügung stand, wovon die Familien der im Felde stehenden Kollegen 4 Mk. und die Arbeitslosen 4,50 Mk. erhalten konnten. Dieses Resultat ist für unsere Verhältnisse ein sehr erfreuliches zu nennen und hat die Dresdener Kollegenchaft gezeigt, daß bei ihr das Solidaritätsgefühl kein leerer Wahn ist. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Kollege Reinhold erläutert hierauf das neue Statut, das mit der 7. Beitragswoche in Kraft tritt und weist im Besonderen auf die Veränderungen in demselben betreffend Beitragserböhung, Verlängerung der Karenzzeit bei Ausgesteuerten, Einführung der Krankenunterstützung bei Wöchnerinnen usw. hin und empfiehlt dasselbe den Kollegen zu eingehendem Studium. Um eventuellen späteren Streitigkeiten aus dem Wege zu gehen, haben die Mitglieder über den Empfang des neuen Statuts zu quittieren. Ferner ersucht Kollege Reinhold, bei der Entnahme der freiwilligen Kriegsbeitragsmarken, welche ab 13. Februar in Höhe von 10 und 20 Pf. herausgegeben werden, um rege Beteiligung. Bei der nachfolgenden Vorstandswahl beschließen in Anbetracht des jetzt herrschenden Bürgerkriegs die bisher amtierenden Vorstandsmitglieder ihre Ämter. Neu hinzugewählt wurden und zwar per Affirmation als 2. Vorsitzende Kollege Kraut, 2. Schriftführer Kollege Breißner, Revisoren: Stenzel, Bauer und Bürger und ein Beisitzer Kollege Ufermann. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten schließt der Vorsitzende um 6 Uhr die Versammlung.

Dresden. Am 2. Februar wurde die Generalversammlung abgehalten, die sich eines verhältnismäßig guten Besuches erfreute. Zunächst wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Kurth und Hellmich geehrt. Sodann hielt Genossin Gradnauer einen Vortrag über: Emile Zola, ein sozialer Dichter. Hierauf gab Kollege Franz Herrmann den Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1914. Einleitend bemerkte er, daß im verfloßenen Jahre die Zahlstelle sehr unter dem Einflusse des Krieges gelitten habe. Einerseits machte sich dies in den verminderten Einnahmen, andernteils in den erhöhten Ausgaben und auch durch den verringerten Mitgliederbestand bemerkbar. Am Jahresbeginn seien 314 männliche und 601 weibliche, insgesamt 915 Mitglieder vorhanden gewesen. Am Schluß des Jahres Jahres habe die Zahlstelle jedoch nur noch 217 männliche und 492 weibliche, zusammen 709 Mitglieder besessen. Der Verlust dieser 206 Mitglieder besteht aus 100 zum Militär eingezogenen und 106 weiblichen, die teils ausgetreten, und gestrichen, in andere Verufe übergetreten und un auffindbar sind. Die Einnahmen der Zentralkasse waren folgende: Für Eintritt 47,60 Mk., Marken 12 544,90 Mk., Extrabeiträge 630,70 Mk. Die Ausgaben derselben Kasse betragen: An Arbeitslose 9714,45 Mk., Kranke 1394,35 Mk., Wöchnerinnen 160 Mk. Die Lokalkasse hatte am Anfang des Jahres einen Kassenbestand von 1349,42 Mk. und am Jahresschluß einen solchen von 1599,28 Mk. An die Hauptkasse wurden 4132,25 Mk. als Ueber schuß gefandt. Doch mußte dieselbe während der ersten Kriegsmo nate einen Zuschuß von 3150 Mk. leisten. Auf Kosten der Kriegsorganisation der Stadt Dresden habe die Zahlstelle an 85 Mitglieder 1103,15 Mk. als Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Arbeitslos waren 212 männliche und 493 weibliche Mitglieder 17 555 Tage. Krank waren 90 männliche und 232 weibliche Mitglieder 5076 Tage. In die Arbeitslosenliste wurden 737 weibliche und 233 männliche Mitglieder eingetragen. Verlangt wurden 275 weibliche und 50 männliche Hilfskräfte. Hier von wurden 227 Stellen für weibliches und 45 für männliches Personal besetzt. Die übrigen als offen gemeldeten Stellen wurden teils wegen zu geringen Lohnangebotes nicht besetzt, teils war zu gewissen Zeiten ein Mangel an verlangtem Personal vorhanden. Auch konnte für 68 durch den Nachweis vermittelte Personen eine Mehr lohnsumme von 77 Mk. pro Woche erzielt werden. Abgeschaffen wurden eine General-, sieben Mitglieder-, eine Nacharbeiter- und 24 Druckerber sammlungen. Letztere waren von 392 Mitgliedern besucht. Außerdem 12 Sitzungen der Verwaltung, vier der Verbandspersonale und 15 verschiedene Kommissionen. Im weiteren bedauert der Be richterstatter die Mitgliederflucht, die namentlich bei weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen gewesen sei, wenn auch entschuldigend anerkannt werden müsse, daß durch verkürzten Arbeitsverdienst, andernfalls durch die erhöhten Lebensmittelpreise, die dadurch hervorgerufene Kopslosigkeit

bei einem Teil der Fahnenflüchtigen die Ursache dieser bedauerlichen Tatsache sei. So müsse aber immer wieder die wirkliche Ursache in dem wenigen Verständnis der Betroffenen der ge werkschaftlichen Organisation gegenüber gesucht werden. Er halte es darum für seine Pflicht, den Anwesenden dringend ans Herz zu legen, für die größte diesbezügliche Klärung der Mangel mütigen sorgen zu wollen. Denn das Unter nehmen, was jetzt ganz besonders die Notlage des einzelnen Arbeiters und Arbeiterin ausnütze, werde nach Beendigung des Krieges die jetzt in einzelnen Druckereten geschaffene Lohntiefe aufrecht zu erhalten suchen. Gerade dieser Umstand müsse zu Agitationszwecken ausgenutzt werden. Bei der Entnahme von Extramarken müsse er selber konstatieren, daß bei einem Teil der Mit gliedschaft die in dieser Zeit so nötige Opferwillig keit zu vermessen sei. Die letzte Wücherkontrolle habe gezeigt, daß 29 männliche und 72 weibliche Mitglieder keine oder nur eine geringe Anzahl derartigen Marken entnommen hätten. Er müsse konstatieren, daß nicht überall die Not die Ursache sei, sondern ein Teil tue es aus schlechtem Willen. Da vorläufig keine Handhabe geboten sei, die Be treffenden zu zwingen, so müsse er die Beurteilung dieser unfolkbaren Handlungsweise der Generalversammlung überlassen. Unangenehm sei es für ihn, im Lichte der Deffektivität dieses brandmarken zu müssen. In der Diskussion hier über wurde allgemein lobend hervorgehoben, daß unsere Organisation während des größten Auf sturmes der Arbeitslosigkeit ihre Pflicht im vollen Maße getan habe. Ganz besonders aber wurde von verschiedenen Diskussionsrednern mit Ent rüstung die Nichtentnahme von Extramarken seitens einzelner Mitglieder verurteilt und ver langet, daß den Betroffenen ohne Rücksicht bei späterem Unterfütungsbezug dieselben in Abzug gebracht werden. Hierauf wurde dem Kassierer auf Antrag des Obmanns der Revisions kommission Kollegen Thürafach einstimmig Ent lastung erteilt. Von einer Neuwahl der Verwal tungsmitglieder und sonstiger Funktionäre wurde Abstand genommen. Folgende Resolution kam einstimmig zur Annahme: „Aus Rücksicht auf die gegenwärtige Kriegszeit sieht die Generalver sammlung in diesem Jahre von der Neuwahl der Vorstandsmitglieder und aller anderen Funktio näre ab. Sie bestätigt auf's Neue dieselben für die Dauer des Jahres 1915. Von den Vorstands mitgliedern sowie übrigen Funktionären wird er wartet, daß sie sich zur Weiterführung ihrer Ämter für das laufende Jahr bereit erklären.“ Hierauf gibt Kollege Paul Herrmann die im 13. Februar in Kraft tretenden Bestimmungen des neuen Statuts bekannt, auch von dem Beschluß des Hauptvorstandes, Kriegssteuermarken in Höhe von 10 und 20 Pf. zur freiwilligen Entnahme in Umlauf zu setzen, gibt er Kenntnis. Er fordert die Mitglieder auf, auch hierin ihre Pflicht zu tun, damit die Opferwilligkeit der Dresdener Kol legenchaft nicht durch andere Zahlstellen in Schatten gestellt wird.

Karlsruhe. Am 16. Januar fand die Jahres generalversammlung statt. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ist zu erwhnen, daß wir einige Mit gliederverluste haben, die leider nicht ausgleichend werden konnten, da zur Zeit die Agitation mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist. Zum Militär einberufen wurden Kollege Fehler (Kassierer), Kollege F. Löffel (Schriftführer) und die Kollegen Fuß, Becker, Weiser und Röring. Im vergangenen Geschäftsjahre wurden 8 Ver sammlungen abgehalten. Eingegangen sind 60 Briefe und 17 Marken, abgesandt wurden 7 Briefe und 20 Marken. Kollege Nieger gab dann einen ausführlichen Kassenbericht über die Abrechnung an die Hauptkasse und den Bestand der Ortskasse. Die Verwaltung der Geschäfte wird während der Kriegsbauer einem Vorstand bestehend aus nur drei Mitgliedern übertragen: Vorsitzender und Kassierer: Kollege Adolf Nieger, Schriftführer: Kollege Heinrich Weisstein, Beisitzer: Kollege F. Bräuer. Der Vorsitzende forderte die Kollegen schaft auf, zusammenzuhalten und die Extrabeit räge im Interesse unserer Arbeitslosen pünktlich zu entrichten.

Eine Konferenz von Vertretern der Verbands vorstände

fand am 8. und 9. Februar in Berlin statt. Sie nahm zunächst den Bericht der Generalkommission entgegen, wobei besonders die Durchführung der mit der Partei getroffenen Vereinbarung über die Regelung der Gehaltsverträge während des Krieges und die mit den verschiedenen Ressorts der Regierung geschlossenen Verhandlungen über die Regelung innerer Kriegshilfsangelegenheiten Anlaß zu längeren Beratungen boten. In der ersten Angelegenheit wurde erneut beschlossen, daß

die getroffenen Vereinbarungen nicht aufgehoben, sondern strikte durchgeführt werden sollen, und daß den Familien der zum Heeresdienst einberufenen Ingeestellten die Hälfte des vor dem Kriegsausbruch zustehenden Gehalts gezahlt werden soll. In Sachen der wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges wurden die mit den verschiedenen Ressorts geführten Verhandlungen und getanen Schritte gebilligt, insbesondere auch die Beteiligung an den vom preussischen Ministerium des Innern veranstalteten Lehrkursen über Volksernährung, und der Generalkommission anheimgegeben, auf Abstellung verschiedener Mängel, die beim ersten dieser Kurse zutage traten, bei der Regierung hinzuwirken.

Zu besonderen beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der gesetzlichen Reorganisation der Arbeitsvermittlung, für deren weitere Beratung am 10. Februar eine Konferenz einberufen war, zu der auch die übrigen Gewerkschaftsgruppen sowie sozialpolitische Organisationen, Arbeitsnachweisverbände und ausländische amtliche Stellen zur Beteiligung eingeladen worden sind. Die Verhandlungen der Vorstandskonferenz ergaben das allseitige Einverständnis der Gewerkschaften mit dem geplanten Vorgehen, eine gesetzliche oder bundesräthliche einheitliche Regelung der Arbeitsvermittlung noch während des Krieges herbeizuführen, um die kommunale Arbeitslosenfürsorge wirksam durchführen zu können und dem mit Beendigung des Krieges zu erwartenden kolossalen Andrang von Arbeitskräften gewachsen zu sein. Die von einer vorbereitenden Kommission aufgestellten Entwürfe, die die allgemeinen Voraussetzungen für eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung und die grundlegenden Auffassungen der Gewerkschaften darlegen sollen, wurden mit geringen Abänderungen angenommen. Sodann nahm die Konferenz zu der Frage der Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Fürsorge für die Kriegsinvaliden Stellung. In einem eingehenden Referat wurde über die auf diesem Gebiete seitens verschiedener Kreise geleisteten Vorarbeiten Aufschluß gegeben und auf die große Bedeutung dieser Frage für die Gewerkschaften hingewiesen. Auch hier stimmte die Konferenz der Beteiligung der Gewerkschaften an dieser Fürsorge zu und beauftragte die Generalkommission, in diesem Sinne bei der Reichsregierung, die neuerdings die Leitung dieser Fürsorge in die Hand genommen hat, tätig zu sein.

Hinsichtlich der neuerlichen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts, welches die von den Gewerkschaften an deren Mitglieder gezahlte Krankenunterstützung auf die Leistungen der Krankenkassen anzurechnen entschieden hat, wurde die Generalkommission ersucht, auf eine anderweitige gesetzliche Regelung der Rechtslage hinzuwirken. Im Falle des Nichterfolges dieser Bemühungen werden die Gewerkschaften zu einer Neuregelung ihrer Satzungen Stellung nehmen.

Durch den Beschluß der Vorstandskonferenz vom 17. August 1914, wonach während des Krieges Ueberschreibungen von Mitgliedern aus einer der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaft in die andere nicht stattfinden dürfen, haben sich Meinungsverschiedenheiten bei einigen Verbänden wegen der vor Kriegsausbruch geltenden Verträge und Beschlüsse ergeben. Insbesondere bestanden solche zwischen den Verbänden der Hutmacher und der Bauarbeiter wegen der alljährlich im Winter in Strohhutfabriken beschäftigten Bauarbeiter, die früher regelmäßig in den Hutarbeiterverband übertraten. Die Konferenz war der Auffassung, daß das Uebertrittsverbot während des Krieges generell gelten solle und nicht aufgehoben werden könne; doch wurde dem Vorstand des Bauarbeiterverbandes empfohlen, im Falle der Hutarbeiter die frühere Vereinbarung zu berücksichtigen. Die übrigen Verhandlungen betrafen interne Angelegenheiten.

Ueber die erwähnte Arbeitslosen-Konferenz, die am 10. Februar stattfand, wird in einer späteren Nummer berichtet werden.

Einführung der Arbeitslosenunterstützung durch die Gemeinden in Baden.

In früheren Landtagsperioden wurden jedes Mal 100 000 Mk. zur Einrichtung einer Arbeitslosenunterstützung bewilligt. Die badische Regierung hat sich aber stets geweigert, sie in den Etat einzustellen. Der Krieg hat anscheinend auch hier eine Wendung zum Besseren gebracht. Der „Badische Staatsanzeiger“ veröffentlicht folgende Anweisung für die Gemeinden, die eine Arbeitslosenunterstützung (Arbeitslosenunterstützung) einführen wollen:

- a) Die Regelung der Voraussetzungen, der Höhe und der Art der Fürsorge ist dem Ermessen der Gemeindebehörde überlassen; an Stelle von Gelbunterstützungen können auch Sachleistungen (Gewährung von Lebensmitteln, Mietunterstützungen und dergl.) treten.
 - b) Die Fürsorge darf nur arbeitsfähigen und arbeitswilligen Ortsinwohnern, die infolge des Krieges durch Erwerbslosigkeit sich in bedürftiger Lage befinden, gewährt werden. Erwerbslosen, die sich weigern, geeignete Arbeit zu übernehmen, darf eine Fürsorge nicht bewilligt werden.
 - c) Kleinerer Besitz (Spararroschen, Wohnungseinkünfte) darf für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht gezogen werden.
 - d) Unterstützungen, die der Erwerbslose auf Grund eigener und fremder Vorsorge (Hilfsunterstützung durch Gewerkschaften bezogen), sowie Rentenbezüge, dürfen auf die von der Gemeinde oder dem Gemeindeverbande zu gewährende Beihilfe höchstens zur Hälfte angerechnet werden. Für Zinsen von Spararroschen und dergl. gilt dies unbeschadet der nach e) zulässigen Anrechnung des Kapitals.
- Die Bezirksämter wurden angewiesen, für die Durchführung dieser Maßnahmen in den Gemeinden Sorge zu tragen. Diese erhalten, wenn die Notwendigkeit vorliegt, Darzuschüsse aus dem vom Reichstag zur Verfügung gestellten Kriegswohlfahrtsfonds. Natürlich nur auf Antrag und unter Zustimmung der badischen Regierung.

Kriegsversicherung.

Zur Unterstützung der Familien gefallener Kriegsteilnehmer hat die Verwaltung der Landesversicherungsanstalt für Elsaß-Lothringen den weittragenden Beschluß gefaßt, unter bestimmten Voraussetzungen zur Erwerbung von Anteilscheinen bei Kriegsversicherungsanstalten Zuschüsse zu zahlen. Auch die Volksfürsorge wurde als gleichberechtigt anerkannt und werden auf Versicherungen, welche bei derselben abgeschlossen sind, für die beiden ersten Anteile mit einer Prämie von je 5 Mk. 4 Mk., für die weiteren zwei Anteile 3 Mk., für die weiteren zwei Anteile 2 Mk. und für die weiteren zwei Anteile 1 Mk. als Zuschuß aus den Mitteln der Landesversicherungsanstalt gewährt.

Wie die Landesversicherungsanstalt in Elsaß-Lothringen, zählt auch diejenige des Großherzogtums Oldenburg Zuschüsse zur Versicherung ihrer am Kriege teilnehmenden Mitglieder bei der Kriegsversicherungsanstalt der „Volksfürsorge“. Die Anstalt hat zur Fürsorge für Hinterbliebene gefallener Versicherter und Förderung der Kriegsversicherung 60 000 Mk. ausgesetzt und zählt zu jeder Kriegsversicherung einen Zuschuß von 5 Mk.; wenn für den Versicherten 25 Mk. oder mehr eingezahlt werden, gibt die Anstalt einen Zuschuß von 10 Mk.

Eine gewerkschaftliche Landeszentrale für das Königreich Sachsen

Ist von einer Konferenz der Gewerkschaftskartelle Sachsens, die am 16. und 17. Januar in Dresden tagte, gegründet worden. Schon in früheren Jahren sind Anläufe zu einer solchen Einrichtung genommen worden, aber alle hierauf gerichteten Absichten kamen nie recht zur Durchführung. Nunmehr hat die Kriegszeit und haben die aus Anlaß des Krieges geschaffenen Gesehe und Unterstützungsanstalten mehr als je das Bedürfnis nach Verständigung der Gewerkschaftsinstanzen untereinander und nach einem besseren Handhabungsarbeiten wachgerufen. Die verschiedenartige Auffassung, die die einzelnen Gemeindebehörden über die Durchführung der Kriegsnothilfe, insbesondere der Arbeitslosenfürsorgegesehe erkennen lassen, nötigen die Gewerkschaftskartelle zu einem möglichst gemeinsamen Handeln.

Die Kartellkonferenz, an der auch die in Sachsen ansässigen Gauleiter der Gewerkschaften teilnahmen, stand denn auch vollständig unter dem Eindruck der Kriegshilfsmaßnahmen. Nach einem sehr instruktiven Referat des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bud-Dröben über die Kriegsnotgesehe, Verordnungen und sonstigen sozialpolitischen Maßnahmen gab Gewerkschaftssekretär H. J. S. Dresden einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des auf Anregung der Regierung gebildeten Landesauschusses für Kriegshilfe. Durch diese Ausführungen wurde zum ersten Male einem größeren Kreise von Arbeitervertretern bekannt, was dieser Ausschuss bisher geleistet hat, wie insbesondere mit Unter-

stützungen in den einzelnen Landesbezirken gewirkt worden ist, und wertvolle Hinweise wurden gegeben nach der Richtung, wie in Zukunft dem in verschiedenen Gemeinden noch bestehenden Mangel an ausreichender Kriegsfürsorge begegnet werden kann. Der Landtagsabgeordnete Max Heide-Chemnitz referierte sodann über die Aufgaben der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Zeit, wobei er den Nachweis führte, daß an Stelle einer gewissen Zerissenheit mehr Einheitlichkeit und gemeinsames Handeln nötig und somit die Schaffung einer gewerkschaftlichen Zentralkarteille erwünscht sei. Es wurde dann auch beschlossen, einen Ausschuss zu ernennen, der aus je einem Vertreter der Gewerkschaftskartelle in Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau und Bautzen (das entspricht den fünf Kreishauptmannschaften in Sachsen) und aus fünf Gauleitern, die aus den Reihen der Gauleiter zu ernennen sind, besteht. Die Leitung dieses Ausschusses und die Erledigung dessen geschäftlicher Angelegenheiten wird bis auf weiteres dem Gewerkschaftssekretär in Dresden übertragen. Der Ausschuss hat die Aufgabe, in allen wichtigen, die Gewerkschaftsbewegung berührenden Angelegenheiten aus eigenem Ermessen oder auf Anregung aus Gewerkschaftskreisen Stellung zu nehmen und, soweit nötig, Fühlung und Uebereinstimmung mit dem Landesvorstand zu suchen. Die Ausschussmitglieder, die Kartellvertreter sind, übernehmen die Verpflichtung, die im Ausschuss beratenen Angelegenheiten umgehend unter den Gewerkschaftskartellen der betreffenden Kreishauptmannschaft, entweder auf dem Wege von besonderen Bezirkskonferenzen oder auf sonst geeignete Weise, zur Kenntnis zu bringen und für Durchführung der im Ausschuss gefaßten Beschlüsse zu wirken.

Gewerkschaftliche Hundertjahrfeier.

Dieses seltene Fest konnten kürzlich die Buchdrucker in der Hauptstadt der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Washington, im Staate Columbia feiern. Vor 100 Jahren wurde die „Typographische Vereinigung in Columbia“ gegründet. 1867 schloß sich die Vereinigung dem Landesverbande der Buchdrucker an. Bei der Feier wurden die Protokolle der Gründungsfeier und des 50 jährigen Jubiläums bekanntgegeben, die den Vermerk tragen, daß man sie bei der Hundertjahrfeier verlesen möge.

Adressenveränderungen.

Überfeld-Barmen.
Vorstand und Kassierer: Bollens, Überfeld, Robertstr. 8a.

Strasbourg i. El.
Vorstand: Fritz Hartmann, Mondsgäßchen 1 II.
Kassierer: Emil Schneider, Wilhelmstraße 13, Haus A.

Ehren- Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Am 25. Januar fiel bei dem Sturm auf Gurlebiß unser treues Mitglied

Reinhold Feld

im Alter von 29 Jahren.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Bahnhalle Bittau.

Nachruf.

Nach längerer Krankheit ist unsere verehrte Kollegin

Ida Wolfram

verstorben. Sie nahm stets regen Anteil an unserer Arbeit und war längere Zeit eine tüchtige zuverlässige Hauskassiererin. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

die Bahnhalle Braunschweig.